

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/169

Bad Godesberg, den 5. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Arbeitslos, weil ungelernt.</u> Für eine bessere Berufsausbildung Von Wolfgang Unger	68
2	<u>Bewährter Freund</u> Der dänische Außenminister und die Bundesrepublik	20
3	<u>Beliebt, bewährt und beispielhaft</u> Das Ausland interessiert sich für hessische Gemeinschaftshäuser	45
4	<u>Unterzeichnung noch nicht abzusehen</u> Erste Reaktion auf Atomsperrvertragsentwurf Von Pierre Simonitsch, Genf	46

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

"Ein aufrechter Deutscher und Europäer"
Wir leben aus dem Erbe des deutschen Ostens
... lassen zu wünschen übrig
Pakt Nummer 5
"Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze"
500.000 Einwohner weniger
Bund soll Aussiedler unterstützen
Leistungen des Wohngeldgesetzes fortsetzen
Mülheim-Ruhr stellt Aschheim aus

* * *

Arbeitslos, weil ungelernt

Für eine bessere Berufsausbildung

Von Wolfgang Unger

Die Bedeutung von Bildung und beruflicher Bildung ist heute unumstritten. Unsere Gesellschaft braucht gebildete, mündige und verantwortungsbewusste Staatsbürger und qualifizierte berufliche Fachkräfte, um als freie demokratische und als sozial und wirtschaftlich gesicherte Gesellschaft existieren zu können. Trotzdem bestimmen nicht zu Unrecht Schlagwörter wie "Bildungsnotstand" oder "Bildungskatastrophe" die deutsche Bildungsdiskussion. Vor allem im Bereich der beruflichen Bildung herrschen noch sehr rückständige Vorstellungen von Ausbildungsmethoden. Sie gefährden die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und bieten keinen Schutz vor Gefahren des technischen Fortschritts.

Man muß sich heute von der noch oft anzutreffenden überheblichen Einstellung frei machen, wir hätten seit Jahrzehnten die beste Ausbildung, die vielen anderen Völkern Vorbild war. Die Zeit ist nicht stehen geblieben. Wir haben durch Kriegs- und Nachkriegszeit viel an Substanz verloren und werden gewaltige Anstrengungen machen müssen, um den Stand zu erreichen, der nach den Fortschritten der Zeit erforderlich ist. Die Verschiebung von den rein handwerklichen Anforderungen zu den geistigen Funktionen hin, die schon jetzt einen bedeutenden Grad erreicht hat, wird in Zukunft immer stärker in Erscheinung treten.

Es wird gerade in der heutigen Zeit immer wieder von fehlenden qualifizierten Fachkräften gesprochen. Maßgebliche Stellen betonen, daß der zunehmende Mangel an Fachkräften große Schwierigkeiten auf dem Gebiet der gesamten Wirtschaft bereiten kann. Rund eine dreiviertel Million junger Menschen in der Bundesrepublik treten alljährlich ins Erwerbsleben ein. Viele von ihnen, etwa 75 Prozent, kommen ohne spezielle Berufsvorbereitung in die Betriebe. Mit auffälliger Regelmäßigkeit beginnen Jahr für Jahr rund 9 Prozent der Jugendlichen in der Bundesrepublik ihr Erwerbsleben als ungelernter Hilfsarbeiter. Ebenso regelmäßig sind es etwa 75 Prozent Volksschüler und vor allem Volksschülerinnen, die sich auf diesen Weg des schnellen Geldverdienens verlocken lassen.

Erst die jüngste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt könnte einen Umschwung dieser Tendenz bringen. In Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit der wohl höchsten strukturellen Arbeitslosenquote, wurde zu Beginn des Jahres ein bislang in deutschen Landen ungewohntes Phänomen registriert: 3 000 Jungen und 1 600 Mädchen unter 18 Jahren, durchweg ungelernete Arbeitskräfte, waren arbeitslos. Diese Zahl liegt schätzungsweise gut zehnmal so hoch wie vor Jahresfrist. Nach Ansicht des Landesarbeitsamtes wird die Arbeitsleistung dieser ungelerten Jugendlichen auch bei einem Wiederaufschwung der Konjunktur nicht mehr verlangt werden. Es ist darum von höchster Nötwendigkeit, alle jugendlichen Arbeitnehmer besser auf das Arbeitsleben vorzubereiten.

Die jugendlichen Arbeitnehmer sind als Nachwuchs für die steigende Zahl der qualifizierten Fachkräfte und damit auch für die wirtschaftliche Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung. Im Zuge des technischen

Fortschritte kann auf das Können und auf das Wissen dieser Jugendlichen nicht verzichtet werden. Die Dienstbarmachung und die Beherrschung der Technik verlangen den Einsatz unserer gesamten geistigen und körperlichen Kräfte. Gerade in den letzten Jahren haben die Gewerkschaften, religiöse Verbände, politische Jugendgruppen und viele andere Institutionen auf diese Mißstände hingewiesen und den Gesetzgeber aufgefordert, endlich ein vorbildliches Berufsausbildungsgesetz zu schaffen, in dem diese schwierige Problematik neu geordnet und koordiniert wird. In diesem Punkt sind auch die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände einer Meinung, denn auch der Unternehmer weiß, daß nur die Nation die Welt nach dem Jahre 2 000 beherrschen wird, welche über ein hohes Potential von Fachkräften verfügt.

Es gibt heute noch Betriebe, in denen die Ausbildungszeit durch berufsferne Nebenarbeiten vergeudet wird. Auf der anderen Seite fehlen weiterhin in vielen Betrieben immer noch die qualifizierten Ausbildungskräfte. Der Berufsschulbesuch wird vielfach als nicht notwendig angesehen, und in Einzelfällen werden Jugendliche sogar davon abgehalten. Infolge der fortschreitenden technischen Entwicklung werden jedoch ständig höhere Anforderungen an die Berufsausbildung gestellt. Die Qualität der Berufsausbildung ist mitentscheidend für die soziale Sicherheit des Arbeitnehmers, für den Fortschritt und die Entwicklung des Betriebes und der gesamten Wirtschaft. Durch das geforderte Berufsausbildungsgesetz muß endlich eine zeitgemäße und fortschrittliche Gestaltung der Berufsausbildung erreicht werden.

+ + +

Bewährter Freund

Der dänische Außenminister und die Bundesrepublik

sp - Der dänische Außenminister und Ministerpräsident Jens Otto K r a g hat sich wieder einmal als ein guter und bewährter Freund der Bundesrepublik erwiesen. Eine fünftägige Reise nach Rumänien und Bulgarien diente den Bemühungen, das internationale Klima durch engere Verbindungen miteinander zu verbessern. Ein neues dänisch-rumänisches Abkommen legt die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, der Technik, des Transportwesens und der Wirtschaft fest, obwohl in beiden Ländern unterschiedliche Gesellschaftssysteme bestehen und sie verschiedenen Paktsystemen angehören. In Sofia nahm der dänische Ministerpräsident, von bulgarischen Journalisten angesprochen, die Gelegenheit wahr, den Mangel an Vertrauen zur Bundesrepublik zu beklagen. "Westdeutschland hat keine Kernwaffen und die Regierung in Bonn hat feierlich erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, sich Kernwaffen zu besorgen. Ich wäre froh, wenn diese Tatsache dem bulgarischen Volk zum Bewußtsein gebracht würde." So Jens Otto Krag vor der bulgarischen Presse. Wir haben allen Anlaß, dem dänischen Ministerpräsidenten für diese Worte dankbar zu sein. Wir brauchen Freunde in der Welt, die das von der kommunistischen Propaganda verzerrte Bild über die Bundesrepublik korrigieren und für sie um Vertrauen werben. Auch das genügt zur Klimaverbesserung.

+ + +

Beliebt, bewährt und beispielhaft

Das Ausland interessiert sich für hessische Gemeinschaftshäuser

Hessen ist nach wie vor das einzige Land der Bundesrepublik, das mit seiner fortschrittlichen "Sozialen Aufrüstung des Dorfes" systematisch ein Programm zur Förderung von Gemeinschaftshäusern in den Dörfern und Städten jeder Größe durchführt. Die seit 1952 in Hessen geschaffenen Dorfgemeinschaftshäuser und die später in den Städten gebauten Bürgerhäuser haben sich bestens bewährt. Sie sind nicht nur bei der Bevölkerung beliebt, die froh ist, über moderne Gemeinschaftseinrichtungen verfügen zu können, sondern sind auch beispielhaft für jene Länder, die ähnliche Einrichtungen für ihre Bürger schaffen wollen.

In den letzten zehn Jahren haben nach einer Feststellung des hessischen Innenministers Heinrich Schneider etwa zweihundert Studiengruppen aus über vierzig Ländern in Hessen die Einrichtungen der "Sozialen Aufrüstung des Dorfes" und des Bürgerhaus-Programms eingehend studiert. Selbst aus Amerika, Asien, Afrika und Australien kamen Kommissionen, um sich mit den hessischen Gemeinschaftseinrichtungen vertraut zu machen.

Allein aus dem Nachbarland Frankreich kamen bereits über dreißig Gruppen, um anlässlich eines Deutschlandbesuches die hessischen Gemeinschaftshäuser kennenzulernen, wenn nicht die Informationsreisen speziell zu diesem Zweck sogar unternommen wurden. Interessierte Persönlichkeiten kamen aus der Schweiz, aus Österreich, Griechenland und Jugoslawien. Türkische Parlamentarier und Regierungsvertreter interessierten sich für die fortschrittlichen Entwicklungsmaßnahmen in den hessischen Gemeinden.

Journalisten, Wissenschaftler und Pädagogen aus Israel und vielen anderen europäischen und außereuropäischen Staaten kamen in den letzten Jahren nach Hessen, um sich an Ort und Stelle von den segensreichen Auswirkungen der "Sozialen Aufrüstung des Dorfes" zu unterrichten. Bürgermeister und Kommunalpolitiker aus Ägypten, Gewerkschaftsführer aus Kanada, der frühere marokkanische Ministerpräsident, Wissenschaftler und Studenten aus Indien, Interessenten aus Japan und zahlreichen südamerikanischen Staaten sowie Delegationen aus den Ostblockstaaten, der Sowjetunion und eine Frauengruppe aus Thailand haben hessische Gemeinschaftseinrichtungen besichtigt.

Diese Aufzählung, die keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, wäre unvollständig, würden nicht die Studiengruppen aus anderen deutschen Bundesländern erwähnt, die das Beispiel fortschrittlicher Entwicklungspolitik aus nächster Nähe in Hessen kennenlernen wollten. Selbst der Kulturausschuß des Europarates hat sich bereits mit dem hessischen Gemeinschaftshaus befaßt.

Dieses weltweite Echo unterstreicht die große Bedeutung, die auch in der Öffentlichkeit den Bemühungen und Erfolgen der Hessischen Landesregierung zur Entwicklung des flachen Landes entgegengebracht wird. Die bisher so erfolgreichen Bemühungen werden auch in den nächsten Jahren im Rahmen des Großen Hessenplanes fortgeführt.

Unterzeichnung noch nicht abzusehen

Erste Reaktionen auf Atomsperrvertragsentwurf

Von Pierre Simonitech, Genf

Schweden hat einen ganzen Vertragsartikel eingebracht; Italien, Brasilien und Indien verlangen, daß ihren Einwänden Rechnung getragen wird; Großbritannien, Polen und die Tschechoslowakei sind mit dem Inhalt des vor einer Woche unterbreiteten amerikanisch-sowjetischen Atomsperrvertragsentwurfs einverstanden. Kurz gesagt: Die Diskussion um den Atomsperrvertrag hat begonnen. Nach Schwedens Vorschlag soll die Vertragskontrolle ausnahmslos von den Organen der Internationalen Atomenergieagentur ausgeübt werden und sich auf alle Vertragspartner, die Atom-mächte einbezogen, erstrecken. Überwacht werden soll der Weg des Kernbrennstoffes von einem Land zum andern und die gesamte friedliche Atom-tätigkeit aller Staaten. Der Entwurf sieht eine Übergangszeit von drei Jahren zur Ersetzung der derzeit bestehenden bilateralen oder multilateralen Abmachungen durch das universelle Kontrollsystem vor. Der ausführliche Artikel bietet den Atomwaffenstaaten noch immer den Vorteil, selbst entscheiden zu können, welche Anlagen sie als militärische und welche sie als zivile deklarieren. Dies sei ein von Schweden nur zögernd gemachtes Zugeständnis, erklärte Frau Myrdal, um die politische Annahme des gesamten Vorschlags zu erleichtern.

Der schwedische Entwurf dürfte wohl für die Amerikaner annehmbar sein, falls sie nicht im Laufe der Verhandlungen mit der Sowjetunion und den EWG-Staaten allzuweit vor ihren ursprünglichen Vorstellungen abgerückt sind. Die Sowjetunion dagegen zeigte bisher keinerlei Bereitschaft, einen Teil ihrer atomaren Tätigkeit einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen. Botschafter Roschtschins einziger Kommentar zum Vorschlag Schwedens: "Wir werden darüber nachdenken."

Der italienische Botschafter Caracciolo warf dem amerikanisch-sowjetischen Entwurf vor, er nehme zu wenig Rücksicht auf die Vorstellungen seiner Regierung. Dies betreffe das Prinzip der Nichtdiskriminierung zwischen zwei Kategorien von Unterzeichnerstaaten, die Sicherheitsgaran-tien für die Nichtatomstaaten und die Mittel, um die Einigung Europas nicht zu stören. Bedenken habe Italien auch wegen der unbeschränkten Laufdauer des Vertrags und wegen dem starren Revisionsmechanismus. Gleichzeitig regte Caracciolo an, den Vertrag vorläufig ohne Kontroll-klausel abzuschließen, damit er so rasch wie möglich in Kraft treten könne. Der brasilianische Botschafter Azaredo da Silveira forderte sei-nerseits eine Ausgewogenheit der Verpflichtungen zwischen Atom- und Nichtatomstaaten, die Erzeugungsfreiheit für friedliche Atom Sprengsätze, eine Abrüstungsverpflichtung der Atom-mächte und Sicherheitsgarantien ge-gen Aggression oder nukleare Bedrohung. Der indische Botschafter Trivedi gratulierte anschließend seinem brasilianischen Kollegen zu dieser "kla-ren Darstellung", die sich völlig mit den Ansichten Indiens decke. - Es scheint unmöglich, alle Interessen und Sonderwünsche in einem einzigen Vertragswerk berücksichtigen zu können. Amerikaner und Sowjets arbeiten an einer Kompromißlösung für den Kontrollartikel und an einer Art von Sicherheitsgarantie für die atomaren Habenichtse. Wann der Vertrag un-terschriftsreif sein wird, ist heute noch nicht abzusehen.